

Dringliche Resolution Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen,
der AUGÉ/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen,
den Grünen Arbeitnehmern,
der Liste Perspektive,
der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger ArbeitnehmerInnen,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative-International und
der Bunten Demokratie für Alle

an die 172. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 22. Mai 2019

DEN SCHUTZSCHIRM VERTEIDIGEN: STARKE ARBEITNEHMERINNEN BRAUCHEN EINE STARKE ARBEITERKAMMER!

Die Geschichte der Demokratie in Österreich ist zugleich die Geschichte der sozialen Rechte in unserem Land. Der Acht-Stunden-Tag, die Kollektivverträge und das Recht, BetriebsrätInnen zu wählen: All das wurde vor rund hundert Jahren erreicht, zur gleichen Zeit, als Österreich zur demokratischen Republik wurde. Zu diesen Errungenschaften, für die Generationen von ArbeiterInnen gekämpft hatten und die bis heute das Leben von Millionen ArbeitnehmerInnen verbessern, gehört auch die Arbeiterkammer. Sie ist die gesetzliche Vertretung aller Beschäftigten in unserem Land und ihr starker Schutzschirm gegen die Übermacht des Kapitals. Die AK ist ein wesentlicher Grund dafür, dass es den ArbeitnehmerInnen in Österreich besser geht als fast überall sonst auf der Welt. Doch die starken sozialen Rechte sind einigen ein Dorn im Auge. Jene UnternehmerInnen und Industrielle, die ihre Profite und ihre Macht um jeden Preis maximieren wollen, haben diese Errungenschaften ins Visier genommen. Sie haben bereits den Zwölf-Stunden-Tag durchgesetzt und den Beschäftigten die Kontrolle über ihre eigene Krankenkasse entrissen. Nun wollen sie auch die AK schwächen, die ihrer gewünschten Herrschaft der Industriellen-Lobby die Kraft von 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen entgegenhält.

Aus der Industriellenvereinigung und dem Wirtschaftsbund sind Stimmen zu hören, die das AK-Budget und damit ihre Leistungen beschneiden wollen, obwohl sie selbst keinen Cent dazu beitragen. Denn es sind die ArbeitnehmerInnen, die ihre AK finanzieren, und zwar nach einem unschlagbar günstigen System: 3,7 Millionen Mitglieder steuern einen kleinen Beitrag – bei einem mittleren Einkommen rund 7 Euro netto im Monat – bei und ermöglichen damit eine Vertretung ihrer Interessen gegenüber Politik und Unternehmen und im Bedarfsfall die juristische Unterstützung jedes und jeder einzelnen vor Gericht. Wenn nun Industrie und Wirtschaftsbund den AK-Beitrag kürzen wollen, ist klar: Der Schutzschirm der Vielen soll durchlöchert werden, damit die Wenigen ihre Interessen ungebremst durchsetzen können und auch mit Rechtsbrüchen gegenüber ihren Beschäftigten leichter davonkommen.

In die gleiche Richtung zielt der Angriff auf das AK-Wahlrecht, der von einzelnen Politikern der bisherigen Regierungsfractionen im Parlament kommt. Die mehrtägige Wahl im Betrieb soll durch einen einzelnen Wahltag am Gemeindeamt ersetzt werden, unter dem Vorwand, so die Wahlbeteiligung zu heben. Wie absurd diese Forderung ist, zeigen die Zahlen der aktuellen Wiener AK-Wahl: Die gesamte Wahlbeteiligung lag bei über 42 Prozent. Diese Steigerung um knapp 4 Prozentpunkte zeigt, wie wichtig den Mitgliedern ihre AK gerade jetzt ist. Wo sie die Möglichkeit

hatten, im Betrieb zu wählen, taten das sogar 61 Prozent. Damit lag die Wahlbeteiligung im Betrieb deutlich höher als beispielsweise bei der letzten EU-Wahl (45 Prozent). Leider verweigern der AK aber viele Betriebe – in Wien waren es dieses Jahr 800 Unternehmen – trotz mehrfacher Nachfrage die Möglichkeit, die Wahl in ihren Räumlichkeiten abzuhalten. Wer also die Beteiligung an AK-Wahlen weiter erhöhen möchte, muss die Ausweitung der Wahl im Betrieb auf alle Unternehmen vorantreiben, nicht sie einschränken oder gar abschaffen.

An den Angriffen auf die AK ist vor allem eines bezeichnend: dass alle anderen Interessenvertretungen völlig ausgespart bleiben. Die soeben gescheiterte Regierung forderte beispielsweise Ende 2017 in ihrem Programm alle gesetzlichen Interessenvertretungen auf, bis Mitte 2018 Reformprogramme vorzulegen. Die AK kam dem als einzige der angesprochenen Organisationen nach, aber für Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und andere hatte das keinerlei Konsequenzen. Im Gegenteil steht deren Finanzierung niemals zur Debatte. Dabei verfügt die Wirtschaftskammer über doppelt so viel Geld wie die AK, obwohl sie nur ein Siebentel der Mitglieder hat. Die Landwirtschaftskammer finanziert sich sogar nur zu rund einem Viertel über Mitgliedsbeiträge. Der Großteil ihres Budgets stammt aus Steuergeld. Doch mit Kürzungsforderungen muss sie sich, im Gegensatz zur selbstfinanzierten AK, nicht herumschlagen. Bei beiden Arbeitgeberorganisationen steht auch ihr Wahlrecht außer Frage, obwohl sie keinesfalls höhere Wahlbeteiligungen als die AK erzielen.

Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer sind außerdem intransparent – im Gegensatz zu AK und ÖGB. Die Wirtschaftskammer hält beispielsweise die Gehälter und Gebühren ihrer FunktionärInnen und Führungskräfte geheim. Das gilt auch für die Landwirtschaftskammer – nur, dass diese noch dazu nicht einmal einen Jahresbericht mit Finanzkennzahlen oder eine Mitgliederstatistik veröffentlicht. Völlig intransparent ist auch die Industriellenvereinigung. Gehälter und Gebühren, Einnahmen und Ausgaben, Mitgliederzahl und Beitragshöhe: Die Lobbyorganisation des Großkapitals fordert von anderen alles und veröffentlicht selber nichts.

Diese Schieflage der Angriffe zeigt ein klares Bild: Die AK als Schutzschirm der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien – und damit der Mehrheit der Bevölkerung – ist jenen im Weg, die sich von starken ArbeitnehmerInnen-Vertretungen in ihrer Vorstellung von hemmungslosem Wirtschaften gestört fühlen. Sie wollen die hart erkämpften Rechte der arbeitenden Bevölkerung aushöhlen, um ihre eigene Macht auszuweiten und immer mehr Reichtum anzuhäufen.

Hundert Jahre, nachdem diese Errungenschaften in der jungen Demokratie durchgesetzt wurden, lehrt uns das: Gute Arbeitsbedingungen, faire Einkommen und echte Mitbestimmung gibt es nicht von alleine. Um sie abzusichern und auszubauen, brauchen wir starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte, starke Personalvertreterinnen und –vertreter, starke Gewerkschaften – und eine starke Arbeiterkammer!

Wir halten daher fest:

Ja zum starken Schutzschirm, den die AK für die 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen in Österreich bildet. Die Angriffe auf die AK weisen wir aufs Schärfste zurück!

Ja zum AK-Beitrag in der derzeitigen Höhe, der bei einem mittleren Einkommen mit rund 7 Euro netto im Monat ein einmalig günstiges Paket an effektiver politischer Vertretung und praktischem Service darstellt. Eine als Entlastung getarnte Kürzung und damit Einschränkung des AK-Angebots können sich die ArbeitnehmerInnen nicht leisten!

Ja zur Wahl im Betrieb für alle! Ausgerechnet die meist genützte Form der AK-Wahl abzuschaffen, würde die Wahlbeteiligung nicht heben, sondern deutlich senken!

Ja zu voller Transparenz bei Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer sowie Industriellenvereinigung. Die Öffentlichkeit hat das Recht zu wissen, wie hoch ihre Einnahmen

und Ausgaben sowie die Gehälter und Gebühren ihrer FunktionärInnen und Führungskräfte sind!

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---